

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands  
und Publikationsorgan der Central-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

33. Jahrg.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

des Verbandes auf Montag, den 26. April 1920 und die folgenden Tage nach

Leipzig, „Volkshaus“, Zeitzer Straße 72.

Montag, den 26. April, vormittags 9 Uhr.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes und des Ausschusses.
3. Unser Reichslohn tarif.
4. Statutenänderung, Beitragserhöhung, Regelung der Gehälter der Angestellten.
5. Gewerkschaften, Rätebünde, Arbeitsgemeinschaften.

6. Die Verschmelzungsfrage in den lederverarbeitenden Berufen.
7. Die Lehrlingsfrage im Schöpfungsgewerbe.
8. Beratung von Anträgen, die in einem der vorstehenden Punkte keine Erlebigung gefunden haben.
9. Wahl des Vorstandes, des Redakteurs und des Ausschusses.

9. Wahl des Vorstandes, des Redakteurs und des Ausschusses.  
Jeder der Wahl der Delegierten zum Verbandstag bestimmt das Statut (§ 16 Ziffer 3, Abs. 2) folgendes:  
Jeder Bezirk unter Ausschreibung aller Zahlstellen mit 500 und mehr Mitgliedern bildet einen Wahlbezirk, jedoch darf eine Zahlstelle nicht mehr als einen Ratzen verschlagen. Stimmenaufhebung auf einen Kandidaten ist nicht gestattet. Auf je 500 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Ueberschreitet der Rest die Zahl 500 Mitglieder, so ist ein weiterer Delegierter zu wählen. Jede Zahlstelle, die 500 Mitglieder und darüber zählt, bildet einen Wahlkreis für sich. Hier ist die Zahl der Delegierten vorzunehmen, daß 500—800 Mitglieder einen, über 800—1500 Mitglieder einen, über 1500 bis 2000 Mitglieder zwei, über 2000—2500 Mitglieder drei, über 2500—3000 Mitglieder fünf und über 3000 Mitglieder sechs Delegierte entsenden.  
Die Einteilung der Wahlkreise erfolgt unter Zugrundelegung der im letzten, der Wahltheilnahme vorausgegangenen Quartal geleisteten Mitgliederbeiträge, die Grund der eingelangten Quartalsabrechnung berechnet werden. Die sich hieraus ergebende Summe wird durch die Zahl 13 dividiert und danach die Zahl der Mitglieder festgelegt.

Unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen wurde die nachfolgende

## Wahlfreiseinteilung

1. Bezirk.  
 unter des Wahlkomittees: C. Höltermann-Nürnberg.)  
 Kreis: Augsburg 1057 Mitglieder, 2 Delegierte.  
 Kreis: Burglunden 644 Mitglieder, 1 Delegierter.  
 Kreis: München 1132 Mitglieder, 2 Delegierte.  
 Kreis: Nürnberg 2354 Mitglieder, 4 Delegierte.  
 Kreis: Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Cuggen-  
 en, Eichsfeld, Forth, Jorckheim, Gelsenhausen, Her-  
 manndorf, Hof, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Kre-  
 mmeningen, Landshut, Wering, Wiesbach, Naila,  
 burg a. D., Ofchelm u. d. Rhön, Baijau, Stiefel, He-  
 burg, Regau, Reichenhall, Rosenheim, Seibitz, Schwa-  
 cheimfurt, Straubing und Pilsberg. Zusammen  
 Mitglieder, 5 Delegierte.  
 2. Bezirk

- Kirchheimbolanden, Ladenburg, Landau, Mainz, Mannheim, Rarburg, Oerrandstadt, Spener, Saarbrücken, Wiesbaden und Zweibrücken. Zusammen 2084 Mitglieder, 6 Delegierte.

- 6 Delegierte.
4. Bezirk.
- (Vorstehender des Wahlkomites: F. Weber, RStN,  
Gerconsmoll 4.)
17. Wahlkreis: Cleeve 645 Mitglieder, 1 Delegierter.
18. Wahlkreis: RStN a. Rh. 1186 Mitglieder, 2 Delegierte.
19. Wahlkreis: Weimelerländer 1076 Mitglieder, 2 Delegierte.
20. Wahlkreis: Barmen, Sielefeld, Bisdorf, Bonn, Camen,  
Cahlen, Crefeld, Detmold, Dieringhausen, Dortmund,  
Duisburg, Düsseldorf, Düren, Elberfeld, Emmerich, Essen,  
Galden, Gelsenkirchen, Hagen, Herten, Hamm, Herten,  
Helmstedt, Hildesheim, Solingen, Suhl, Trier, Linde und  
Waltrop. Zusammen 1685 Mitglieder, 3 Delegierte.

- bürg i. H., Strausberg, Straßund, Lohr, Waren, Belgewasser, Bismar und Wittstock. Zusammen 4192 Wittgader, 8 Delegierte.

- 7. Bezirk.**  
(Vorsitzender des Wahlkreises: A. Wolff, Dresden,  
Riggenbergstraße 6 II.)
1. Wahlkreis: Breslau 2227 Mitglieder, 4 Delegierte.  
2. Wahlkreis: Dresden 1772 Mitglieder, 3 Delegierte.  
3. Wahlkreis: Ehrenfriedersdorf 614 Mitglieder, 1 Dele-  
gierter.
4. Wahlkreis: Eppendorf 530 Mitglieder, 1 Delegierter.  
5. Wahlkreis: Graulich 702 Mitglieder, 1 Delegierter.  
6. Wahlkreis: Lohmig 602 Mitglieder, 1 Delegierter.  
7. Wahlkreis: Rohnow 543 Mitglieder, 1 Delegierter.  
8. Wahlkreis: Zwönitz 541 Mitglieder, 1 Delegierter.
9. Wahlkreis: Annaberg, Baugen, Bunsau, Bischofsweissen,  
Chemnitz, Döbeln, Falkenberg, Frankenberg, Freiberg,  
Freyschlag N.-Schl., Glatz, Glöckau, Gleimitz, Göltzig, Gratz,  
Großenbach, Großhartau, Hartha, Hartenstein, Hohen-  
stein-E., Hirschberg, Kamenz, Kirchberg, Landscheidt, Leip-  
zig, Leisnig, Liegnitz, Lobau, Lugau, Meerane, Neithen,  
Niessebau, Nitschen (Bez. Leipzig), Naumburg a. S., Rei-  
nersdorf, Reuschiedt O.-Schl., Riesa, Rochsburg, Sebnitz,  
Seibitz, Sebnitz, Schmiedewitz, Stollberg, Waldheim, Weisen-  
stein, Wilkau, Wolfenstein, Zittau, Zwenkau und Zwettau.  
Zusammen 6122 Mitglieder, 12 Delegierte.

- [illegible]

- (Wolligender des Wohlfonten: J. Kummerow, Hornburg.  
Weienbinderhof 57.)
1. Wahlkreis: Hornburg 1013 Mitglieder, 2 Delegierte.  
2. Wahlkreis: Altona, Barmbeck, Bramscheideg, Bremen,  
Bremerhaven, Cuxhafen, Eile, Elmhorn, Hensburg,  
Holtkott, Wittingen, Hameln, Hannover, Harburg, Heide,  
Hirschheim, Lüneburg, Neube, Rief, Rüster, Rumburg, Mün-  
der, d. M., Wolfshof, Hensburg, Oldenburg, Oldendorf,  
Odenrodt, Oelde, Pöck, Rendeburg, Seltin, Synderbürgen,  
und Weithelmshafen. Zusammen 3084 Mitglieder,  
6 Delegierte.

- [illegible]

- 6. Bezirk.**  
(Vorstand des Wahlkomites: B. Müller, Erfurt,  
Schönstraße 10.)
1. Wahlkreis: Amstede 508 Mitglieder, 1 Delegierter.  
2. Wahlkreis: Burg d. R. 2289 Mitglieder, 4 Delegierte.  
3. Wahlkreis: Erfurt 3730 Mitglieder, 6 Delegierte.  
4. Wahlkreis: Nordburg 510 Mitglieder, 1 Delegierter.  
5. Wahlkreis: Schleierbach 1382 Mitglieder, 6 Delegierte.  
6. Wahlkreis: Althausen, Aylsha, Erteln, Hülbersleben,  
Bemlung, Büschelwerda, Delitzsch, Dehsau, Elmendorf, Elsen-  
berg, Elmberg, Gardelegen, Gera, Gotha, Gommern,  
Gresz, Halle, Halberstadt, Heinitze, Hildburghausen, Jena,  
Jenneneu, Köbn, Mühlhausen, Meiningen, Mückhausen i. Th.,  
Niederradungen, O. Nachmann, Suhl, Thüringen.

### Wahlformitee.

## Die Kandidaten

nicht werden. Ich bin mir aber bei der Beurteilung

g wird fort nach Beendigung der Nacht, die bei Beginn

ung der Abfallstoffe darf nicht vom Eigentümer allein

nach den ab 1. Apr. 1919 gültigen Löhnen.

Der letzte Wohnzimmersalon ist die Stube





Verantwortlicher Redakteur: W. Bod. Druck und Verlag von W. Bod & Co. in Göttingen.



# Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt

48.

Gotha, den 7. Dezember 1919.

33. Jahrgang.

## Einflussvereinbarungen zu den Änderungsbestimmungen des Reichslohntarifvertrages vom 31. Oktober 1919.

Die Arbeitgeberverbände:  
1. Fabrikantenverein E. B. Birnhaufens,  
2. Pfälzer Schuhfabrikanten-Verein E. B. Birnhaufens,  
3. Fabrikanten-Bund Birnhaufens E. B. Birnhaufens.  
Die Arbeitnehmerorganisationen:  
1. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Zahl-  
stelle Birnhaufens,  
2. Zentralverband christl. Arbeiter Deutschlands, Zahl-  
stelle Birnhaufens,  
3. Gewerkschaft deutscher Schuhmacher und Lederarbei-  
ter Deutschlands, Zahlstelle Birnhaufens (H. D.),  
auf Grund der Verhandlungen vom 10. mit 14. No-  
vember 1919 folgende Vereinbarung:

A. Arbeitszeit und Lohnabkommen.  
Die Bestimmungen des Reichslohntarifvertrages werden  
den beiderseitigen Organisationen angehörenden Mit-  
gliedern für rechtsverbindlich erklärt, jedoch wird bezüglich der  
Arbeitszeit folgende Stellungnahme hier ausdru-  
cksweise abgegeben: Die Arbeitgeberverbände bestehen auf der 48-  
stündigen Arbeitszeit, weil sie die Herabsetzung  
unwesentlichen Arbeitszeit, weil sie die Herabsetzung  
Arbeitszeit auf 47 Stunden, weil sie im rechtsgerichteten  
Land gesehen, als schädlich für die gesamte deutsche  
Wirtschaft und Wohlfahrt des deutschen Volkes erachten.  
Arbeitnehmerorganisationen beharren auf Einführung  
mittels 47stündigen Arbeitszeit auch für das pfälzische  
Gebiet, indem sie die Gründe der Arbeitgeber nicht  
annehmen. Die Entscheidung über diese Frage  
sollte zurecht nicht erfolgen, weil mit Rücksicht auf die  
unser ein großer Teil der Industrie an und für sich die  
Arbeitszeit einschränken muß. Dort, wo noch 48 Stunden  
möglich geachtet wird, soll diese Arbeitszeit bis zur  
Lösung der Frage beibehalten bleiben.  
Die Lohnabkommen wird, wie im Reichslohntarifver-  
trag, zur Durchführung gelangen, jedoch hat in  
Fällen eine 5prozentige Lohnsteigerung zu erfolgen; es  
soll die Anwendung des § 9 Abs. 3 des Reichslohn-  
tarifvertrages ausgeschlossen.

B. Wirtschaftshilfe und Betriebsstörungen.  
Die Frage der Wirtschaftshilfe und Betriebsstörungen  
ist folgendes:  
1. Sämtlichen am 15. November 1919 in den Betrieben  
tätigen Fabrikarbeitern wird eine Sonder-Zumendung  
an, welche festgelegt wird wie folgt:

Ortsklasse	II.	III.	IV.
Die Arb. unter 16 Jahre	50.—	45.—	40.—
I. Alt. von 16—18	75.—	70.—	65.—
II. „ „ 18—21	100.—	90.—	80.—
III. „ „ 21	150.—	140.—	130.—

Die für die Leiden  
die Familienmitglieder — auch  
die unter 21 Jahre sind — 275.— 250.— 240.—  
Die Ehefrauen oder ledigen Kindermütter sind den ledigen  
Mitgliedern gleich zu erachten. Als Ernährer haben zu gelten  
Ehemänner, die alleinstehenden nicht wieder verheirateten  
sind, und die Ehefrauen, deren Ehemänner sich noch in  
Gefangenschaft befinden. Außerdem erhalten die Er-  
nährer sowie die ledigen Kindermütter eine Kinderzulage von  
12 Pf. für jedes erwerbsfähige Kind unter 15 Jahren. Hier-  
für ist auch der Mehrbetrag der jetzigen Kinderzulage  
12 Pf. — abgesetzt.

II. Diese Sonderzusendungen sind zahlbar wie folgt:  
Die Kinderzulage bei der ersten Teilzahlung.  
An die Arbeiter unter 16 Jahren 20 Pf., an jene unter  
16 Jahren 30 Pf., an jene unter 21 Jahre 40 Pf., an die  
Arbeiter über 21 Jahre 60 Pf. und an die Ernährer  
12 Pf. Der Rest der Sonderzusendungen ist zu laufenden  
Zahlungen beizugeben zu verwenden.  
Die Unterzahlungen sollen neben der reichsge-  
setzten Unterzahlungen für eine sonstige behördliche  
Zahlung zu zählen. Es werden folgende Zahlungsbe-  
träge festgelegt:

a) In der Weihnachtswoche oder Neujahrswochen sind  
zwei Arbeitstage sowie die beiden Weihnachts- und  
Neujahrstage mit 40 Prozent des Mindestlohnes der Ar-  
beitsklasse, welcher der betreffende Arbeiter angehört, am  
1. und 2. Weihnachtstag zu vergüten;  
b) wenn infolge Betriebsstörungen der wöchentliche Ar-  
beitslohn einschließlich der reichsgesetzlichen oder sonstigen  
Zulagen Unterzahlungen unter die nachstehenden Wochen-  
lohn herausgeht, sind die beizugebenden Unterzahlungen zu  
erhöhen;  
c) Für männliche Arbeiter über 21 Jahre bei einem  
Mindestlohn über 90 Pf. wird keine Unterzahlung ge-  
geben. Bei einem solchen von 80—90 Pf. 5 Pf., von über  
90 Pf. 8 Pf., von über 100—110 Pf. 12 Pf., von über  
110 Pf. 16 Pf., von über 120 Pf. 20 Pf.

2. Für weibliche Arbeiter über 21 Jahre und männliche  
Arbeiter von 18—21 Jahre bei einem Wocheneinkommen von  
70 Pf. keine Unterzahlung, bei einem solchen von über  
65—70 Pf. 4 Pf., von über 55—60 Pf. 6 Pf., von über  
45—55 Pf. 9 Pf., von über 35—45 Pf. 11 Pf., von unter  
35 Pf. 15 Pf.

3. Für männliche Arbeiter von 16—18 Jahre und weib-  
liche Arbeiter von 18—21 Jahre bei einem Wocheneinkom-  
men von über 50 Pf. keine Unterzahlung, bei einem solchen  
von über 40—50 Pf. 3 Pf., bei einem solchen von über  
30—40 Pf. 5 Pf., von über 25—30 Pf. 8 Pf., von unter  
25 Pf. 10 Pf.

4. Für die übrigen Arbeiter bei einem Wocheneinkom-  
men von über 40 Pf. keine Unterzahlung, bei einem solchen  
von über 30—40 Pf. 2 Pf., von 20—30 Pf. 3 Pf., von  
unter 20 Pf. 5 Pf.

5. Sobald die festgesetzte Sonderzusendung ausbezahlt  
ist, hört die auf Grund dieser Vereinbarung gewährte Unter-  
zahlung auf, gleichviel ob teilweise oder völlige Erwerbs-  
losigkeit vorliegt.

6. Bei Ausscheiden eines Arbeiters aus irgend einem  
Grunde, ausgenommen Tod oder Krankheit, geht der Arbeit-  
nehmer jeden Anspruch an seinen bisherigen Arbeitgeber  
verloren. Der neue Arbeitgeber, sofern er den Arbeitgeber-  
verband angehört, ist verpflichtet, das nach Ermittlung beim  
alten Arbeitgeber noch rückständige Guthaben zu überneh-  
men und in vertraglicher Weise auszuschütten.

7. Stirbt ein Arbeiter, so erhalten die Erben den Rest der  
Sonderzusendungen sofort ausbezahlt.

8. Erkannt ein Arbeiter, so erhält er neben der Kran-  
kenunterstützung die Hälfte der unter b. 1—4 festgesetzten  
Sätze bis zu seiner Genesung. Kann er in seinem alten Be-  
trieb keine Aufnahme mehr finden, so ist der neue Betrieb  
verpflichtet, den Restbetrag auszubezahlen; findet er keine  
Arbeit mehr, so sind ihm die laufenden Unterzahlungen b. 1  
bis 4 wieder voll zuzuwenden, bis der Unterzahlungsbetrag  
ausbezahlt ist.

9. Beiträge, welche am 31. März 1920 keine Verwen-  
dung gefunden haben, sind den Arbeitern an diesem Tage  
ausbezahlen.

III. Die Arbeitgeberverbände und die Arbeitnehmer-  
organisationen sind darüber einig, daß durch diese Verein-  
barung die Frage der Entscheidung bei dauernder Arbeits-  
einschränkung nicht endgültig gelöst ist. Zunächst soll mit  
allen Mitteln die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge für  
den Bezirk Birnhaufens erstrebt und unbedingt eine gleich-  
zeitige Forderung für Stadt und Land verlangt werden.

## Genossenschaftliche oder Kommunale Schuhmacher- Wertstätten?

Von verschiedenen Seiten werden in letzter Zeit  
Anfragen an mich gestellt, ob es zweckmäßig ist,  
für das Handwerk Gemeinde- oder Genossenschafts-  
betriebe zu errichten, um so aus dem wirtschaftlichen  
Binnenmarkt des Schuhmachergewerbes herauszukom-  
men oder doch zum mindesten nicht ganz unter die  
Äcker zu geraten. Es ist mir leider nicht möglich,  
alle die Anfragen brieflich zu beantworten, daher  
entschließe ich mich zu diesem kurzen Aufsatz, da ich  
annehmen darf, daß das hier folgende weitere Kreise  
interessieren wird.  
Winfried-Mannheim.

Infolge der Aufhebung der Zwangsversorgung für Häute  
und Leder und der fortgeschrittenen Wirtschaftspolitik der  
Reichsregierung sind die Preise für Fertigschäfte in Schuh-  
machern, ebenso Reparaturen, derartig in die Höhe getrieben  
worden, daß diese für die minderbemittelte Bevölkerung ge-  
radezu unerreichbar werden. Hieraus ergibt sich im  
Schuhgewerbe ein Arbeitsmangel und die Folge davon sind  
Arbeiterentlassungen. Aber auch sehr viele Kleinmeister finden  
wieder in die Unselbständigkeit als Gehilfen zurück und  
drücken somit auf den Stand des Arbeitsmarktes. Das Heer  
von Arbeitslosen im Handwerk nimmt täglich zu. Unsere  
Kollegen können tagaus tagan so sein, um die  
Arbeiter über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären und Mit-  
glieder für den Verband zu gewinnen. Am Ende ist's doch  
wieder dasselbe — ein Heer von unorganisierten Gehilfen.  
Das wäre eine Schicksalsarbeit! Wo bleibt die Sozial-  
reform? Hier wäre doch die Möglichkeit, um die Arbeiterkraft  
mit Schutten zu angemessenen Preisen zu verfügen, gegeben.  
Denn kein Gewerbe ist so reich für die Sozialisierung als das  
Nahrungsmittel- und Bekleidungsgewerbe. Aber nichts wird  
getan. Die Arbeiterkraft hat von dieser Seite aus auch  
nichts zu erwarten.

Bislang gehen nun große Werke dazu über und laufen  
für die Arbeiter Schuhe auf, um diese zu niedrigeren Preisen  
abzugeben. Auch Reparaturwerkstätten werden auf solchen  
Werken errichtet. Damit wird jedoch nur einem geringen  
Teile der Bevölkerung geholfen und auch dann wieder bleibt  
der Verdienst beim Kapitalisten. Was soll nun der Arbeiter  
näher, Genossenschaft zu errichten. So soll der genossenschaft-  
liche Betrieb errichtet werden, damit auch nur wieder einem  
Teile der Bevölkerung geholfen, denn der größte Teil der  
Arbeitskraft steht immer noch den Genossenschaften nach fern. Da-

her sollten die Kollegen die örtlichen Arbeiter- und Gemein-  
demitglieder für Kommunalbetriebe interessieren. Schuhmacher-  
werkstätten, Reparaturwerkstätten als Kommunalbetriebe er-  
richtet, können jedenfalls für die arbeitende Bevölkerung  
wirken. In den meisten Gemeinden wird eine Werkstatt  
mit mehreren Annehmlichkeiten genügen, und nur in den großen  
Städten würden sich mehrere solcher Betriebe notwendig  
machen. Auf dem Wege der Sozialisierung ist von der Re-  
gierung nichts zu erwarten. Die Not jedoch schreit zum  
Himmel. Mögen die Vertreter in den Gemeindefestparlamenten  
seigen, ob sie die Not des Volkes lindern wollen.

## Die Arbeitsgemeinschaft.

Bedacht wird in der Gewerkschafts- und Parteipresse  
über diese Einrichtung debattiert. Und während die einen  
sie für überflüssig, ja sogar schädlich für die Arbeiter halten,  
preisen sie die anderen als eine große Errungenschaft. Da  
ist es denn notwendig, daß die Arbeiter zunächst einmal die  
Sagungen der Arbeitsgemeinschaften kennen lernen, um sich  
darüber ein Urteil bilden zu können. Nach dem Kriege wurden  
von den leitenden Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeit-  
nehmer-Organisationen Verhandlungen angebahnt, um den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu fördern und die Arbeits-  
und Lohnverhältnisse in Zukunft zu regeln.

Nach einer Reihe von gemeinsamen Beratungen und Ver-  
handlungen kam dann im November 1918 folgende Verein-  
barung zustande:

Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den  
Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der  
Arbeitskraft anerkannt.

2. Eine Befristung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter  
und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die  
Berufvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine)  
fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie entweder  
mittelbar oder unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienste zurückkehrenden Ar-  
beitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort  
nach Wiederaufbau wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege  
innehaben. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitgeber-  
verbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von  
Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtungen in  
vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung  
des Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Ar-  
beiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betref-  
fenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Be-  
rufsovereinen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Ver-  
handlungen hierüber sind ohne Verzögerung auszuführen und  
schnellstmöglich zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterkraft von min-  
destens 50 Beschäftigten ist ein Arbeitsausschuß einzusetzen,  
der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebs-  
unternehmer darüber zu machen hat, daß die Verhältnisse des  
Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt  
werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungs-  
ausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der  
gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberver-  
tretern.

9. Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit  
wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Ver-  
dienstfälschungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Ar-  
beitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur  
Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung  
des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglich-  
keit der Arbeitnehmerin insbesondere der schwer Kriegs-  
beschädigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von  
den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen  
ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruf-  
lich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung  
grundständiger Fragen, soweit sich solche namentlich bei der  
kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse er-  
geben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere  
Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen  
haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Gel-  
tung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der  
in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefoch-  
ten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unter-  
zeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger ge-  
setzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen  
dreimonatigen Kündigungsfrist.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Be-  
triebsamt zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Ange-  
stelltenverbänden gelten.

Berlin, den 15. November 1918.

Es ist richtig, daß die Arbeiter in der Vorkriegszeit un-  
ter diese Forderungen schwer gelitten haben, aber es ist eben-  
falls richtig, daß die Unternehmer jetzt nur unter dem Druck der  
Revolution sich zu solchen Zugeständnissen bequemen.

Die Gegner der Arbeitsgemeinschaft bestreiten, daß durch die gemeinsamen Beratungen und Beschlüsse über die Arbeitsverhältnisse die Arbeiter stets die Diktatoren sind und bleiben. Die Arbeiter können nur durch Massentempi grundlegende Verbesserungen ihrer Lage und die schließliche Befreiung aus der Lohnabhängigkeit erlangen, nicht aber durch Harmonisierung. Ein großer Teil Arbeiter und es sind die fortschrittlichsten, erstreben und kämpfen heute für die Betriebsdemokratie, für die Betriebsräte, im Gegensatz zu den Arbeitsgemeinschaften. Gewerkschaften und Betriebsräte sollen die Stützpunkte der Arbeiter in wirtschaftlichen Kämpfen sein.

Die Kollegen werden der Bewegung folgen und sich entschließen.

## Betriebsräte.

Der Kampf um die Betriebsräte nähert sich seinem Höhepunkte. Hier Industrie, hier Arbeiterkraft — das sind die Kampffronten. Die Schlacht um die wichtigsten Stützpunkte des Kapitalismus: Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Einstellung und Entlassung, Sitz und Stimme im Aufsichtsrat, Vorräte der Bilanzen — Positionen, um die von Seiten der Unternehmer mühsam und mit Einsatz aller Ressourcen gekämpft wird. Und schon droht man von ihrer Seite mit Stilllegung der Betriebe, falls die Forderungen der Arbeiterkraft Befriedigung werden sollten.

Die Stellung der Industrie und ihrer Stützen ist verständlich; sie ergibt sich aus ihrem Herr-in-der-Hand Standpunkt und aus den vorrevolutionären Gedankengängen heraus, daß der Arbeitnehmer, im Gegensatz zum Arbeitgeber, nicht Subjekt, sondern Objekt, d. h. nicht gleichberechtigte Instanz, sondern analog allen anderen notwendigen Einrichtungen (wie Weimern, Werkzeugen usw.), durch Lohn erkaufte Arbeitskraft darstelle.

Der tiefe Abgrund in den Auffassungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist unüberbrückbar und letzten Endes nichts anderes, als die alte und die neue Zeit; es ist der Bruch mit der wirtschaftlichen Revolution, das Sprungbrett der Sozialisierung. Hier geht es ums Ganze. Das Unternehmertum hat das erkannt, gekloppt und es stürmt.

Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung, Sitz und Stimme im Aufsichtsrat, Vorräte der Bilanzen — man kann verstehen, wenn das Unternehmertum wie ein wild gewordener Stier gegen diese Positionen anrennt, um, sollte es was es wolle, diese Stützpunkte der kapitalistischen Produktionsform in der Hand zu behalten.

Seiten scheinen sich doch geändert zu haben, wenn es auch manchmal nicht wort haben will. Es ist noch gar nicht lange her, da wurde jeder, der für die Rechte seiner Genossen eintrat, trotz der Organisationen auf die Straße geworfen, brotlos gemacht, dann schwarzer Listen, über der Polizei zu weiterer Behandlung übergeben. Es ist noch gar nicht so lange her, als edelste Schwärmer, die später ausrissen wie Schafherden, jedes das Zuchthaus verließen, der sich unterwerfen sollte, einen Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern. Wie gelang es, ist noch gar nicht so lange her — aber: es war einmal.

Eine neue Szene im Weltendrama tut sich auf. Die Schützen der alten Wirtschaftsordnung sind gebrochen. Das Kapital in der Verteilung seiner vitalen Interessen gegenüber der Arbeiterkraft und — auf verlorenem Posten. Hart auf hart geht es. Ungeheuerlich sind die Kräfte, die gegen die neue Zeit in die Schranken treten und — gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Einstellungen und Entlassungen.

Sitz und Stimme im Aufsichtsrat. Man läßt die Welt, wenigstens die der armen, gepugten Kaputtschneider, die Welt der tantenmengenartigen Anführer förmlich in sich zusammenbrechen, sieht sie verfallen. Und man kann es verstehen, daß der Betriebsrat, der so in alle Geheimnisse und Interna des Betriebes eingeweiht und als Aufsichtsrat so quasi Vorgesetzter des Betriebsleiters werden könnte, zum Teufel gewünscht wird, ehlich und von Herzen.

Vorräte der Bilanzen. Lieber Vetter, weiß du, was das heißt. Den unerschütterlichen und stolzen Arbeiter in dem im Schweige seines Angesichts erarbeiteten Verdienst des Unternehmers herumzuschleichen, ihn im Allerheiligsten, im Geldschrank herumzuecken zu lassen? Glaubst du wirklich, das liegt im Interesse des Geldsackes? Ach, du Idiot, glaubst es also nicht. Nun denn: warum dann diese Forderungen? Hat nicht dein Arbeitgeber immer und ehlich mit dir geteilt: Die Arbeit, ihm der Lohn? Hat er nicht immer und ehlich Geschäftsrisiken und Verluste auf sich genommen und dir ein gleichmäßiges Schenken erwidert? Hat er nicht, wenn die schwache Konjunktur es ermöglichte, dich auf die laute Haut legen lassen, indem er einfach seinen Betrieb schloß, während er nach wie vor von früh bis spät weiter auf dem Posten war? Siehst du. Und nun —

Tragikomisch ist der Weltlauf. Das Alte stürzt und Neues tritt an seine Stelle. Schurkenwesen, die den alten Körper erschüttern, sie sind der Lust zu neuen Lebensmöglichkeiten. Der absolute Betriebsrat, der der heutigen Wirtschaftsordnung ruht um letzten Strauß mit seinem Nachfolger, dem demokratischen Betriebsrat. Der Ausgang dieses Kampfes kann nach allen ethischen Naturgesetzen nicht zweifelhaft sein.

## Die nahende Zeit.

Einen gewissen Aufschwung hat die Gewerkschaftsbewegung genommen. Es gibt kaum eine soziale Bewegung in der Geschichte, die in so kurzer Zeit so groß wurde und so gewaltig. Worin liegt diese faszinierende Faszination? Daß unsere Bewegung so schnell so groß werden

konnte, liegt daran, daß bereits heute in unzähligen Herzen ein höheres Empfinden, ein freies Menschengefühl verankert ist. Jede einzelne der vielen gewerkschaftlichen Organisationen erstreckt sich auf ihre Art ein besseres Los ihrer Berufsgenossen, die Bewegung als solche aber, die Idee, die in ihr liegt, erstreckt sich auf das Ganze, auf eine Arbeitswelt der Freiheit und der Harmonie von allen Arbeitsbrüdern. Und wenn solcher Welt gemeinsamer Glücks heute so viele, solche Millionen entgegenstreben, so zeigt das, wieviel Reichtum nicht nur an freiem Persönlichkeitswert, sondern auch an einemdem Brüdergefühl bereits in der Menschheit schlummern.

Wer sich nur kennt und sein eigenes Glück, der muß sich am meisten fühlen in der Gegenwart, denn in der Gegenwart kann er sein ganzes Sein einstellen aufs eigene Verheßen und aufs eigene Glück. Und wenn nun so viele, wenn nun Millionen nicht wollen dieses Glück, wenn sie höheres erstreben, wenn sie eine Ordnung wollen von allen für alle, ein harmonisches Zusammenleben aller Brüder, dann beweist das, wie stark bereits geworden die Idee der Menschlichkeit, und wenn man sich einzelner auf tausendmal, noch hangen an den Dornen einer egoistischen Zeit der Vergangenheit, den allen Menschen hier und dort noch bevorstehenden Licht: noch nie ist plötzlich etwas geworden, und darum kann auch nicht plötzlich werden ein völlig reines, idealer Menschengeist.

Aber den Flüßelzug einer nahenden neuen Zeit läßt uns schon heute ahnen. Die Menschlichkeit marschiert, die Brüderlichkeit streckt freudig die Arme weit, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Menschentum erwacht!

## Aus unserem Beruf.

Leberverschöpfung und Leberpreis in Polen. Das Leder unterliegt in Polen einer öffentlichen Bewirtschaftung. Es muß von den zugelassenen Zülführern zu vorgeschriebenen Preisen an Zulieferungsstellen abgeführt werden. Nach einem Bericht des „Dziennik Olsztanski“ gelten seit dem 4. September folgende von einer staatlichen Kommission festgesetzten Leberpreise für fertiges Leder: 1. In ganzen oder halben Stücken für ein polnisches Pfund 12,50. 2. Mittelfüße, Rückenleder für ein polnisches Pfund 19,50. 3. Abfälle, Hals und Seiten für ein polnisches Pfund 6,50. 4. Halsblätter, für ein polnisches Pfund 10,00. 5. 11. Riemenleder. 1. Eingegebildetes Riemenleder für ein polnisches Pfund 23,50. 2. Chromgegerbtes Riemenleder für ein polnisches Pfund 17,50. 3. III. Gehen Ziegen. 1. Gatte jeder Ausführung a) bis zwei Zentimeter dick, für ein polnisches Pfund 17,00. b) zwei bis zweieinhalb Zentimeter dick, für ein polnisches Pfund 18,00. 2. Nichtgatte, für ein polnisches Pfund 18,00. 3. Bemerkungen. 1. Die Preise für Fertignare verstehen sich von der nächsten Bahn- oder Wasserstation, Verladung nur in zusammengebundenen Packungen. 2. Solenleder müssen trocken, unbeschädigt, gut durchgearbeitet, nicht drehend und nicht reißend sein. Leder, die eigenen Anforderungen nicht entsprechen, werden zu niedrigen Preisen angenommen und zwar: a) für nicht große Beschädigungen werden abgerechnet 5–20 Proz., übereinstimmend mit dem Urteil der Abnahme-Kommission, b) für beim Gerben verdorbene, brechende oder reißende Leder wird abgerechnet 20–100 Proz., c) künstlich beschadete Leder werden durch die Abnahme-Kommission rückstandslos fortgenommen und mit Preisen bezahlt, die der Hälfte des Wertes gleichkommen. 3. Ziegenleder muß gut angegerbt, weich ausgearbeitet, gleich gepalmt, mit unbeschädigten Rücken ohne Einschnitte, Löcher und Finken sein. Diesen Bedingungen nicht entsprechende Leder werden zu niedrigeren Preisen angenommen; a) für Leder mit vereinzelten Einschnitten und ungleichmäßig gepalmt, mit geringer Beschädigung des Rückens werden abgerechnet 5–10 Proz., b) für durchgearbeitete, beim Zusammenlegen zu rissen, mit fleckigen Rücken werden bis 40 Proz. entwertet abgezogen, entsprechend der Erkenntnis der Kommission. 4. Alle Preisabzüge müssen im Protokoll durch die Abnahme-Kommission begründet werden.

Häute- und Ledermarkt in Niederländisch-Indien. Der Bedarf an Leder wird meist aus dem Ausland gedeckt, da eine einheimische Lederindustrie erst im Entstehen begriffen ist. Einfuhr von Leder nach Niederländisch-Indien:

	1913	1914	1915	1916	1917
Schuhmacherarbeiten	312,9	402,2	619,4	918,0	85,9
Schlenleder	447,7	429,7	503,8	391,8	32,0
Arberes Leder	194,3	208,4	138,8	124,3	119,5
Lederarbeiten	337,5	274,2	242,7	652,7	941,3

Dieser Lederbedarf, der besonders für billiges Schuhwerk einer Steigerung fähig erscheint, steht eine große Ausfuhr an Häuten und Fellen gegenüber. Der Anzahl nach stehen die Ziegenhäute an erster Stelle, dem Wert nach Rinder- und vor allem Ställehäute. Die Ausfuhr betrug 1912 in 1913 Tonne: Rindfleisch 4,4, Rinderhäute 2,4; 1913 4 und 2,2; 1914 9 und 1,5; 1915 3,7 und 2; 1916 5,3 und 2,4; 1917 4,1 und 2,1. Das Hauptgeschäft liegt vor allem in der Hand chinesischer Kleinbändler.

Versorgung Italiens mit billigem Schuhwerk unter Staatsbeihilfe. Laut „Sole“ vom 28. Oktober 1919 haben sich fünf große Schuhwarenfabrikanten unter der Firma „Societa Italiana Distribuzione Calzature Anonima“ in Rom vereinigt. Die Gesellschaft soll unter Staatskontrolle gestellt und soll monatlich 400.000 Paar Schuhe zu einem für den Volkserwerblichen Preis liefern. Das Leder und die Zehen werden vom Staat geliefert. Der Staat wird daran nichts verdienen, sondern nur die Arbeiter: er wird ihnen

## Mitteilungen.

Vorstand. Die Heilige Zählstelle befindet sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist nach Vorstands freizugehalten.

Fort-Laut. Die Schuhmacherzählstelle befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist freizugehalten.

Hall (Bittg.). Die Schuhmacher von Hall befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist freizugehalten.

Konstant. Die Schuhmacher von Konstant befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist freizugehalten.

Ramen L. M. Die Heiligen Kollegen befinden sich wegen Lohnunterschieden bei der Firma Ober, v. d. Hall Schuhfabrik, in den Ausstand und bitten Zugang freizugehalten.

Pelne. „Warum organisieren wir uns“, und „Regulierung“ lautete das Thema am 18. März d. J. in der öffentlichen Schuhmacherverammlung. Der Erfolg, den zu verzeichnen hatten, war erfreulich. Zu den 3 alten Mitgliedern, welche uns während des Vortrags gebildet waren, blühte unsere Zählstelle bald auf 40 Mitglieder. Wurde auch gleich eine Lohnforderung den Schuhmachern sowie Fabrikanten unterbreitet, denn es wurde hier am Orte Abhilfe gesucht, die jeder Beschäftigte (nicht nur die Arbeiter) zu verstehen sollte, so konnten wir aber doch mit dem Erfolg zufrieden sein. Den Beschäftigten wurde auch die bezahlte Ferienzeit von 7 Wochen zugesprochen. Bei den Schuhmachern war leider nicht der Fall. Nach Errichtung dieser Vorteile ist aber auch schon gleich die Bauzeit der Kollegen und Kollegen wieder ein. Die Versammlungen wurden nicht mehr besucht, wie es hätte sein können. Unter 1. Beschäftigter, Kollege Borge, ging ein anderes Arbeitsverhältnis mit seinem Fabrikanten ein, legte daher auch keinen mehr nieder. An seiner Stelle wurde nun Kollege Gode als vollmächtiger gewählt. Aber es sollte nicht lange so unter unseren Schuharbeitern bleiben. Kurze Zeit, nach der Fabrikumschneider wieder ihre Abhilfe reguliert, traten auch Schuhmachern an ihren Beschäftigten heran und verlangten, daß den Weibern wieder eine Forderung unterbreitet würde. Diefelbe ging aber nicht durch, wie das erste Mal, und saßen sich die Kollegen, bei sämtlichen Weibern in den Ausstand. Auf die Warnung älterer Kollegen, daß die Organisation noch sehr jung sei, hörte man nicht, und so kam es, daß am vierten Tage der Streik als beendet erklärt wurde. Unsere Kollegen gingen mit einem sehr kleinen Erfolg zu ihren Zunftmeistern zurück. Seit dieser Zeit ist sehr traurig um unsere Zählstelle aus: zu den Beschäftigten, die regelmäßig jeden zweiten Sonntag kommen, kommt nicht mal ein Fünftel der Mitglieder mehr. Es steht immer nur dieselben Gesichter. Aber wenn man die Kollegen gehen nicht aus, so tritt man gewaltig. In dem am Orte alle Arbeiter-Sportvereine mit sind doch sehr viele unserer Kollegen in bürgerlichen Vereinen, wie Fußball, Theater, Singing und noch alles.

Dort kann man auch die Kollegen des Sonntags, dagegen in unserem Vereinslokal ist es von unseren Kollegen immer wie ausgefüllt. Sogar an unserem so gut verlaufenen Gewerkschaftsfest war die Beteiligung ein mangelhafter, und könnte man auch da wieder: die Kollegen in den Straßenenden stehen sehen. Kollegen so kann das es nicht weiter gehen. Ihr werdet bald merken, ihr auch selber gefast habt. Anstatt Lohnbewegung zu kämpfen. Was sagten doch die Herren Zunftmeister der letzten Lohnbewegung? „Unsere Weibchen sind in Pelner Kinder, die kleinen gehen nicht was Pelne raus, kommen uns immer wieder.“ Also, noch einmal. Ich rufe euch zu: Legt euren alten Schenkel an, aus aus den bürgerlichen Klümmern, zeigt euren Zunftmeistern, daß ihr nicht willens seid, noch in ihre Lohnkassen zu sein, daß auch die Pelner Schuhmacher gleichenberechtigte Mitmenschen sein wollen. Kann aber nur geschehen, indem ihr die Organisation in einen jeden noch fernstehenden Kollegen dem Verband führt und ein jeder pünktlich und regelmäßig die Beiträge bezahlt. Dann wird es auch weiter gehen und Pelner Schuhmacher werden auch ein menschenwürdig sein führen können.

## Briefkasten.

Schw. Pelne. Brief war nicht genügend in Kasse 20 Pf. Strafporto. Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit viel Strafporto bezahlt wurde, besonders bei den blauen Briefkästen. Diese müssen 20 Pf. frankiert werden. Lassen wir einmal einen Brief Karte wegen Unfrankierung oder nicht genügender frankierung zurückgehen, dann werden wir schimpfen, die noch mehr schimpfen wir über die Nachlässigkeit der frankierung, wenn wir, wie das häufig vorkommt, bei Postlieferung von Briefen und Karten 50 Pf. und Strafporto zahlen müssen. Also aufgepaßt!

Redaktionschluss: Montag früh 10 Uhr. Berichts müssen Montag früh in unseren Händen sein. Die Redaktion.